



Medienmitteilung

Zürich, 23. Oktober 2020

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 26. Oktober 2020

Fokusthemen: **Jagd und Bau**

Ersatzwahl für ein Mitglied des ZKB-Bankrates

Zu Beginn der Sitzung des Zürcher Kantonsrates steht am Montagmorgen die Wahl eines neuen Mitglieds des Bankrates der Zürcher Kantonalbank (ZKB) an (KR-Nr. 330/2020). Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt Adrian Bruhin vor. Der 39-Jährige ersetzt Rolf Walther, der altershalber zurückgetreten ist. Der Wahlvorschlag ist unumstritten. Die Wahl kann voraussichtlich offen durchgeführt werden.

IFK-Präsident: Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66

Kredit-Abrechnung für den Mieterausbau der ZHAW soll genehmigt werden

Kaum Zeit in Anspruch nehmen dürfte die Abrechnung des Kredits für den Mieterausbau für die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), Winterthur, in der Liegenschaft Mäander, Trakt C ([5595](#)). Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Rat einstimmig, die Abrechnung zu genehmigen. Das Verfahren wird schriftlich geführt.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Schlussabstimmung zur Änderung des Energiegesetzes

Ende Mai 2019 hat der Kantonsrat in erster Lesung einer Änderung des Energiegesetzes in Zustimmung zu einer Einzelinitiative eines Zürcher Naturwissenschaftlers mit 81 zu 76 Stimmen zugestimmt ([5402](#)). Der Entscheid fiel entgegen der Empfehlung der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU). Damit hätte der Verbrauch für Heizung und Warmwasser künftig in sämtlichen Häusern mit mindestens drei Parteien individuell erfasst werden müssen. Bisher galt dies ab fünf Parteien und lediglich bei Neubauten oder bei einer Gesamterneuerung des Heizungs- oder des Warmwassersystems. Im vergangenen Juni ist der Kantonsrat jedoch vor der geplanten Schlussabstimmung auf einen Rückkommensantrag eingeschwenkt. Neu soll bei Neubauten bereits ab zwei Parteien der individuelle Verbrauch für Warmwasser gemessen werden. Dafür soll die individuelle Messpflicht bei bestehenden Häusern – wie bis anhin – erst bei einer Gesamterneuerung des Heizungs- oder Warmwassersystems gelten. Aufgrund der materiellen Änderung der Vorlage steht am Montag vor der Schlussabstimmung eine dritte Lesung an. Wie gewöhnlich sind die Änderungen der Redaktionskommission (REDKO) jedoch lediglich redaktioneller Natur.

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

Zahlreiche Minderheitsanträge zum neuen Jagdgesetz

Eine längere Debatte zeichnet sich am Montag zum neuen Jagdgesetz ([5447](#)) ab. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat zwar einstimmig, der geänderten Vorlage zuzustimmen. In der Detailberatung stehen aber zahlreiche Minderheitsanträge zur Diskussion. Für die WAK stellt das neue Gesetz, das eines der ältesten Gesetze des Kantons von 1929 ablöst, ein zeitgemässes Regelwerk dar. Dennoch hat die Kommission einige zusätzliche Bestimmungen im Gesetz verankert oder bestehende präzisiert: Wer wiederholt in angetrunkenem Zustand oder unter Betäubungsbeziehungsweise Arzneimitteln einfluss jagt, wird von der Jagd ausgeschlossen. Die umstrittene Baujagd wird verboten und die Bewegungsjagd («Treibjagd») eingeschränkt. Die

Kommissionsmehrheit verlangt darüber hinaus in mehreren Paragrafen einen stärkeren Lebensraum- und Artenschutz für die Wildtiere, was die Kommissionsminderheit (FDP, SVP) ablehnt. Eine weitere Minderheit (FDP, Teil der SVP) ist auch gegen die vorgesehene Leinenpflicht für Hunde im Wald und am Waldrand während der Brut- und Setzzeit im Frühling und Sommer, wie sie insbesondere die Nachbarkantone Aargau und Schaffhausen kennen. Die Kommissionsminderheit (FDP, SVP) verlangt weiter, dass Schäden an Drainagen und Flurstrassen, die zum Beispiel durch Biber oder Wildschweine verursacht werden, überwacht und begrenzt werden. Sie ist zudem gegen das Ansinnen der Kommissionsmehrheit, dass künftig auch Ausländerinnen und Ausländer mit einer Niederlassungsbewilligung eine Revieraufsicht ausüben können.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

Minderheit: Martin Farner (FDP, Oberstammheim), 079 470 09 84

Postulate zu verschiedenen Themen der Baudirektion

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat einen Teil der zahlreichen traktandierten Vorstösse behandeln, welche die Baudirektion betreffen. Der Regierungsrat hatte sich bei mehreren dieser Postulate bereit erklärt, sie entgegenzunehmen. Da bei der ersten Behandlung jedoch bei all diesen Vorstössen eine Diskussion verlangt wurde, entscheidet der Rat erst nach erfolgter Debatte, ob ein Postulat an den Regierungsrat überwiesen werden soll oder nicht. FDP-Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel möchte mit Unterstützung von SVP und CVP den Regierungsrat beauftragen, dem Kantonsrat die planungsrechtlichen Grundlagen vorzulegen, welche den Bau eines Kongresszentrums durch die Stadt Zürich oder eine private Trägerschaft in der Stadt Zürich ermöglichen ([KR-Nr. 350/2017](#)). SP-Kantonsrat Ruedi Lais regt mit Unterstützung von GLP und EVP an, dass dem Kantonsrat die notwendigen Gesetzesänderungen vorgelegt werden, damit Leistungen, welche die Forstwirtschaft zugunsten von Öffentlichkeit und Umwelt erbringt, abgegolten und finanzielle Anreize zu deren Förderung ermöglicht werden können ([KR-Nr. 6/2018](#)). Und GLP-Kantonsrätin Sonja Gehrig ersucht den Regierungsrat, für die Bewirtschaftung respektive Verpachtung von kantonseigenem Kulturland die Auflage vorzusehen, dass keine bienenschädigenden Pestizide eingesetzt werden dürfen ([KR-Nr. 135/2018](#)). Ebenfalls auf der Traktandenliste stehen am Montag Postulate, die der Regierungsrat ablehnt. SP-Kantonsrätin Michèle Dünki-Bättig lädt den Regierungsrat mit Unterstützung der Grünen ein, ein dreijähriges Pilotprojekt zur Sicherstellung der Lohngleichheit zwischen Frau und Mann in Submissionsverfahren durchzuführen ([KR-Nr. 61/2018](#)). Die Traktanden 10 und 11 werden am Montag nicht behandelt, da GLP-Kantonsrat Ronald Alder, der die Postulate [KR-Nr. 144/2018](#) und [KR-Nr. 26/2019](#) eingereicht hat, nicht im Rat anwesend sein wird.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

Ruedi Lais (SP, Wallisellen), 076 436 43 74

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf), 079 661 51 49

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Roman Schmid, Kantonsratspräsident, 079 581 88 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12